

Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Beiträge sind erwünscht und werden eventuell honorirt. Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Mittags 12 Uhr des vorhergehenden Tages.

und
Waldenburger Anzeiger.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mt. 50 Pf. Alle Postanstalten, die Expedition und die Colporteurs dieses Blattes nehmen Bestellungen an. Einzelne Nummern 8 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., unter Eingeladent 20 Pf.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

N^o 68.

Donnerstag, den 24. März

1881.

Bekanntmachung.

Zu der, nächsten Freitag, den 25. März 1881, anberaumten Holzauktion auf Niederwaldenburger Revier sollen außer den bereits zur Versteigerung bekannt gemachten Brennholzern noch zum Ausgebot mit kommen:

183 Rmtr. birchene Scheite,
34 " " Rollen,
4 " Nadelholz "
47,3 Hundert birchenes Reisig,
5,6 " Laubholz "
22,3 " Nadelholz "

in der Eichlaide und im Callenberger Holz.

Fürstlich Schönburg'sche Forstverwaltung zu Waldenburg.

*Waldenburg, 23. März 1881.

Zur Währungsfrage.

Ein angesehener Industrieller des Königreichs Sachsen schreibt:
Die Folgen der 1871 beschlossenen und 1873 in Deutschland zur Einführung gebrachten monometallischen (Gold-) Währung sind für die Mehrzahl der Interessenten so calamitös, daß es kaum faßlich erscheint, wenn der größte Theil derselben, obwohl er offenbar darunter leidet, sich der Einsicht hierfür fortgesetzt verschließt, während der kleinere Theil, das Großkapital und die Banken, in richtigem Verständniß der ihm daraus zufließenden, immensen, aber gänzlich unberechtigten Vortheile mit aller feiner unverkennbar großen Macht gegen eine Währungsänderung ankämpft! Jedem Eingeweihten muß ersichtlich sein, daß ein Münzgesetz, welches durch Ausschließung eines der beiden Münzmetalle die Pulsader des Verkehrs unterbindet, nicht das Gedeihen der Staatswirtschaft fördern kann. In England haben sich diese ungeligen Folgen der Goldwährung darin gezeigt, daß das Großkapital alle Production wie allen Besitz an sich gezogen und den Mittel- und Bauernstand beinahe gänzlich vernichtet hat. Die Fortdauer der Goldwährung in Deutschland würde unzweifelhaft ähnliche radicale Erscheinungen zur Folge haben und damit das Wesen einer rationalen Volkswirtschaft von Grund aus untergraben. Glücklicher Weise scheint sich aber das tragische Geschick nicht erfüllen zu sollen, welches die deutsche Goldwährung dem deutschen Volke bringen mußte. Freilich leider nicht in Folge der Zügellosigkeit unseres eignen Volkes, welches nun einmal wenig Verständniß für seine wirtschaftlichen Interessen zeigt, sondern derjenigen seiner Regierung und vor Allem fremder Nationen, welche im Finanzwesen stets ein größeres Verständniß bewiesen haben.

Frankreich und Amerika sind bei der Reichsregierung Deutschlands mit ihrer Anregung durchgedrungen, eine gemeinschaftliche Münz-Conferenz zu berufen, und es ist nicht mehr zweifelhaft, daß dies zu dem Zwecke geschieht, mittels der Feststellung des Werth-Verhältnisses zwischen den beiden Geldmetallen den gefährlichen Schwankungen des Goldwerthes entgegenzutreten und das degradirte Silber wieder geeignet zu machen zu internationalen Zahlungen. Production und Verkehr bedürfen zu ihrer Förderung möglichst reichlicher Geldmittel. Je größer diese Mittel, um so mächtiger und schneller das Gedeihen aller volkswirtschaftlichen Verhältnisse; je mehr die Mittel beschränkt werden, um so mehr wird der Volkswahlstand stehen. Die unerwartet reiche Goldausbeute seit dem Jahr 1850 hat keineswegs eine schädliche Goldüberfluthung, sondern ein überraschend schnelles Erblühen aller Production und allen Erwerbes zur Folge gehabt. Die Verkehrsmittel müssen aber erfahrungsmäßig in ihrer Mehrung das Fünftache der Bevölkerungszunahme betragen, nur um ihrer Function ferner genügen und die Höhe der Production und des Verkehrs aufrecht erhalten zu können. Wie unverständlich und gefährlich erscheint es gegenüber solchen unumstößlichen wirth-

schaftlichen Erfahrungen, wenn man ein Metall, welches beinahe die Hälfte aller Geldmittel liefert, demonetisiren, also dem Verkehr gänzlich entziehen will. Man möge sich vergegenwärtigen, welche heillos unglücklichen Folgen ein solches Experiment ausüben müßte in dem grandiosen Geäder des gesamten Weltverkehrs. Die durch die Einführung der deutschen Goldwährung unbestreitbar erfolgte Störung des Gleichgewichts der internationalen Währungsverhältnisse, die eingetretene Entwerthung des Silbers haben schon die ungeligste Rückwirkung auf alle wirtschaftlichen Verhältnisse gehabt. Die Entwerthung des Realbesitzes, die Beeinträchtigung des Unternehmungsgewisses, der allgemeinen Prosperität und der Steuerfähigkeit geben hierfür vollgültiges Zeugniß. Welche drohende Perspektive für die wirtschaftlichen Verhältnisse würde aber nur der Versuch allgemeiner Einführung der Goldwährung eröffnen! Und dennoch wird diese von den Vertretern des Goldmassen-Verkehrs befürwortet.

Mögen das materielle Interesse oder nur Eitelkeit und verbissener Doctrinarismus die Ursachen der Goldwährungs-Manie bilden, so erscheint nichtsdestoweniger die Agitation der Goldwährungs-Partei als unberechtigt und gemeinschädlich, und es ist um so nothwendiger, daß Deutschland bei der nächst stattfindenden internationalen Münzconferenz durch einen Bevollmächtigten vertreten sei, welcher ebenso mit Verständniß als mit demjenigen Pflichtgefühl, welches aus intensiver sachlicher Ueberzeugung entspringt, die wirtschaftlich nationalen Interessen unseres Landes zur Geltung bringt.

*Waldenburg, 23. März 1881.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Zu Kaisers Geburtstag fanden bei dem Reichskanzler und den preussischen Ministern officielle Festdiners statt. Berlin hatte wie üblich geflaggt, ebenso erfolgte morgens das übliche Choralblasen von der Schloßkuppel, wie mittags 101 Salutsschüsse auf dem Königsplatz. Unter den ersten dem Kaiser zugegangenen Glückwunschsdepechen war diejenige des Kaisers Alexanders III. von Rußland.

Der Kronprinz des deutschen Reichs ist am 22. d. Nachmittags 5 Uhr mittelst Extrazuges mit Gefolge nach Petersburg abgereist.

Eine vom gesammten preussischen Staatsministerium unterzeichnete Bekanntmachung hat zum Gegenstande — ein Komma. Es wird nämlich vorgeschrieben, daß bei mehrstelligen Zahlenausdrücken das Komma ausschließlich zur Abtrennung der Dezimalstellen von den Einerstellen anzuwenden, die Abtheilung mehrstelliger Zahlen aber durch die Anordnung derselben in Gruppen von je drei Ziffern auch bei Geld- und sonstigen Angaben, insbesondere in den Stats und Rechnungen, zu bewirken ist.

Betreffs der Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag wird offiziös versichert, daß seitens der österreichischen Commisare bestimmte Tarispositionen zc. in Vorschlag gebracht worden seien, während andererseits behauptet wurde,

daß sie nur eine Prolongation des zur Zeit gültigen Meistbegünstigungs-Vertrages erstreben sollen.

Der Abgg. Grad und Dr. Karsten haben im Reichstage den Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, die nothwendigen Maßregel zu treffen, um eine Herabsetzung des normalen Tarifs der Depeschen für Witterungsberichte zum Gebrauch der Landwirthschaft und der Industrie zu veranlassen. Generalpostmeister Stephan hat sich zur Ausführung de Antrages bereits erklärt.

Auf den zwanzig deutschen Universitäten studirten im Wintersemester 1879—80 20,135, im Sommersemester 1880 20,923, im Wintersemester 1880—81 21,164 junge Männer. Die letztere Zahl vertheilt sich auf die einzelnen Hochschulen folgendermaßen: Berlin 4107, Leipzig 3326, München 1890, Breslau 1281, Halle 1211, Tübingen 1074, Göttingen 959, Würzburg 921, Bonn 887, Königsberg 788, Straßburg 745, Marburg 604, Greifswald 599, Heidelberg 543, Erlangen 473, Freiburg 443, Jena 438, Gießen 391, Kiel 284, Rostock 200. Die Anzahl der Medicin-Studirenden hat sich in höherem Maße vermehrt als die Studenzahl überhaupt, sie ist von 3670 im Winter 1879—80 auf 4405 im Winter 1880—81 gestiegen.

Am Sonntag fand eine Delegirten-Sitzung und die fünfzehnte General-Versammlung des Vaterländischen Frauenvereins in Berlin statt. Ihre Maj. die Kaiserin die hohe Protectorin, theilte sich dabei sowohl in der Delegirten-Sitzung, wie bei der Generalversammlung und griff in der ersteren in die Debatte zu wiederholten Malen lebhaft ein. Es wurden mehrere Beschlüsse gefaßt, welche dahin zielten, die staatliche und communale Armenpflege durch Gründung von neuen Zweigvereinen mehr zu fördern.

Socialdemokratische Führer haben wieder einmal ihr wahres Gesicht gezeigt. Der socialdemokratische Reichstagsabg. Hasselmann, der sich z. B. in New-York aufhält, hat daselbst anlässlich des Petersburger Attentats ein Nihilisten- und Anarchisten-Meeting einberufen, auf welchem er in Gemeinschaft mit einem Russen den politischen Meuchelmord verherrlichte und schließlich in widerlichster Weise zum Mord aller Aristokraten aufforderte. Bekanntlich hat sich Hasselmann schon im Reichstage s. Z. mit den Nihilisten für solidarisch erklärt. Most in London hat seine Wochenchrift „Freiheit“ anlässlich des Attentats mit breitem rothem Rande und mit einem Leitartikel erscheinen lassen, welcher mit den Worten: „Triumph! Triumph!“ beginnt.

Frankreich.

Die Mehrheit der Minister sprach sich für die Neutralität des Cabinets in der Wahlenfrage aus. Der bezügliche Beschluß wurde Grevy am 22. Vormittag im Ministerrathe mitgetheilt. In der Commission wird Ferry am 23. eine entsprechende Erklärung abgeben.

Im Prozeß gegen die Journale, welche das Petersburger Attentat vertheidigten, wurden Secodigne, Redacteur des „Citoyen“, 6 Monate Gefängniß und 2000 Frs. Geldstrafe, Lecoeur der Gerant